Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2754**

16. Wahlperiode 27. 09. 2006

Antrag

der Abgeordneten Thomas Dörflinger, Thomas Bareiß, Antje Blumenthal, Ilse Falk, Ingrid Fischbach, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Markus Grübel, Maria Eichhorn, Hartmut Koschyk, Katharina Landgraf, Paul Lehrieder, Dr. Eva Möllring, Michaela Noll, Dr. Norbert Röttgen, Johannes Singhammer, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Clemens Bollen, Renate Gradistanac, Angelika Graf (Rosenheim), Kerstin Griese, Christel Humme, Nicolette Kressl, Jürgen Kucharczyk, Helga Lopez, Lothar Mark, Caren Marks, Sönke Rix, Renate Schmidt (Nürnberg), Olaf Scholz, Wolfgang Spanier, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Öffentliche Verantwortung wahrnehmen – mit fairen Chancen Kinder stark machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kinder und Jugendliche sind eigenständige Persönlichkeiten mit vielfältigen Fähigkeiten. Sie haben eigene Rechte und sind in vielerlei Hinsicht Expertinnen und Experten in eigener Sache. Die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und die individuelle Förderung sind Ziel aller kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Im Mittelpunkt stehen dabei die unterschiedlichen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen und ihre individuellen Bedürfnisse. Alle Kinder und Jugendlichen sollen die Voraussetzungen erhalten, dass sie von Anfang an gleiche Chancen haben, ihre vielfältigen Fähigkeiten und Talente zu entwickeln.

Bildung ist der Türöffner für die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten und die Integration in unsere Gesellschaft. Wir begrüßen deshalb, dass die Bundesregierung den 12. Kinder- und Jugendbericht unter das Motto „Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule" gestellt hat. Der Bericht geht richtigerweise von einem erweiterten, einem ganzheitlichen Bildungsbegriff aus. Bildung schließt hier die Persönlichkeitsbildung der Kinder und Jugendlichen ein. Er löst sich von der verkürzten Annahme, dass Bildung nur im klassischen Bildungssystem, also vornehmlich in der Schule, vermittelt wird. Vielmehr betrachtet er die gesamte Biographie eines Kindes und seine gesamte Lebenswelt als Zeit und Ort, an denen Bildungsprozesse stattfinden.

Die Familie ist und bleibt die zentrale Sozialisations- und Bildungsinstanz von Kindern und Jugendlichen. Angesichts sich wandelnder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und familiärer Lebenswelten gewinnen jedoch andere Orte an Bedeutung. Um Kindern und Jugendlichen in einer komplexer werdenden Welt optimale Bildungsprozesse zu ermöglichen, ist neben der Erziehung in der Familie immer mehr auch die öffentliche Erziehung gefragt. Die bislang

übliche Zuschreibung, nach der die Familie für die Erziehung, der Kindergarten für die Betreuung und die Schule für die Bildung zuständig sind, ist immer weniger zutreffend und steht einer optimalen Förderung im Weg. Gefragt ist vielmehr, dass die Trias von Erziehung, Bildung und Betreuung an allen Lern- und Lebensorten von Kindern und Jugendlichen verwirklicht und gefördert wird.

Ziel ist eine gute Qualität von Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an. Es kommt darauf an, ein an den Bedürfnissen und Förderbedarfen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien ausgerichtetes Gesamtsystem von Bildung, Betreuung und Erziehung zu schaffen.

Der Verbesserung der Situation von benachteiligten jungen Menschen kommt besondere Bedeutung zu. Gerade diese jungen Menschen brauchen ausgezeichnete Entwicklungs- und Bildungsangebote, denn sie bedeuten Zukunftschancen.

Die ersten Entwicklungsphasen eines Kindes sind von prägender Bedeutung für sein gesamtes weiteres Leben. Deshalb muss die kindliche Entwicklung vor allem am Lebensanfang gefördert werden. So früh wie möglich müssen Risiken und Gefährdungen erkannt und durch wirksame Programme und unterstützende Hilfen muss Fehlentwicklungen vorgebeugt werden. Staat und Politik tragen Mitverantwortung für die Förderung aller jungen Menschen und ihre Integration in die Gesellschaft.

Kinder brauchen andere Kinder, sie müssen Beziehungserfahrungen sammeln können, wenn sie sich emotional, sozial und kognitiv gut entwickeln sollen. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist daher von elementarer Bedeutung. Eine qualifizierte, frühe Förderung, die die Erziehung der Eltern ergänzt und Bildungsangebote über das Elternhaus hinaus eröffnet, ermöglicht Kindern echte Chancengleichheit in Bildung und Erziehung. Unabdingbar sind dabei auch der qualitative Ausbau der Tagespflege und die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung.

Bei der notwendigen Modernisierung des schulischen Lernens kommt der Einrichtung von Ganztagsschulen entscheidende Bedeutung zu. Sie bieten mehr Zeit und Raum, jedes Kind individuell zu fördern. Dabei ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentraler Partner. Von ihren Erfahrungen in der Bildungsarbeit in Kindertagesstätten, in kulturellen Einrichtungen, Sport- und Freizeitverbänden und in der Schul- und Jugendsozialarbeit kann die Entwicklung eines durchgängigen Bildungsangebots nur profitieren.

Nicht alle Kinder haben die gleichen Zugänge zu Bildung. Dies gilt vor allem für Kinder und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten und mit Migrationshintergrund. Es gilt, diese Spirale von Armut und mangelnden Bildungschancen zu durchbrechen. Denn keine Jugendliche und kein Jugendlicher dürfen im Stich gelassen werden, wenn es um ihre bzw. seine Zukunft geht. Maßnahmen und Programme müssen gerade auch benachteiligte Jugendliche in den Blick nehmen. Die grundlegende Bereitschaft, sich für die eigene berufliche Zukunft zu engagieren, gilt es bei den Jugendlichen zu wecken, zu fördern und zu fordern. Das gilt zuerst für die, die in der Schule Schwierigkeiten haben. Derzeit bleiben ca. 9 Prozent eines Jahrgangs ohne Schulabschluss. Vorwiegend handelt es sich um Schülerinnen und Schüler aus Hauptschulen, die häufig eine Karriere der Schulverweigerung unterschiedlicher Formen hinter sich haben. Lehrer, Eltern und Jugendhilfe müssen sich deshalb gemeinsam um die Schulverweigerer kümmern. Zirka 155 000 bzw. 17,1 Prozent der 25-Jährigen haben keinen Abschluss der Sekundarstufe II (weder Berufsausbildung noch Abitur). Ihre Chancen auf eine berufliche Integration sind deshalb erheblich schlechter.

Eine konsequente Kooperation zwischen Schulen, Berufsbildungszentren, Kammern und deren Unternehmen ist die frühestmögliche und förderliche Chance der Schule, berufliche Perspektiven kennen zu lernen.

Zukunftsweisende Politik für Kinder und Jugendliche wird ergänzt durch eine ganzheitliche Familienpolitik, die den Zusammenhalt der Generationen fördert und stärkt und damit den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft sichert. Geteilte Werte und gelebte Gemeinsamkeit schlagen Brücken – auch zwischen den Generationen. Für eine nachhaltige Familienpolitik ist ein wirksames Ineinandergreifen abgestimmter Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Kompetenz und Geld notwendig: ein Bündel von Maßnahmen, angefangen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Förderung der Erziehungskompetenz, gezielter finanzieller Unterstützung bis zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit in den Unternehmen, um Familien mehr Zeit zu verschaffen.

Erziehung bedeutet, Kinder stark für das Leben zu machen, ihnen zu helfen, ihren Platz in unserer Gesellschaft zu finden und eigenverantwortlich zu handeln. Alle Kinder verfügen über besondere Stärken, Talente und Neigungen. Die Erziehungskompetenz von Eltern zu fördern, bedeutet daher, Mütter und Väter für die Stärken ihrer Kinder zu sensibilisieren und sie in die Lage zu versetzen, die bestmöglichen Umstände für deren Entwicklung zu schaffen. Die meisten Eltern sind in der Lage, ihre Kinder gut zu versorgen, gut zu erziehen und ihnen liebevolle Zuwendung zu geben. Doch dort, wo dies nicht der Fall ist, wo Eltern überfordert sind und mit ihren Kindern in eine Spirale von Isolation, Gewalt, Vernachlässigung und Verwahrlosung geraten, müssen Staat und Gesellschaft früher hinschauen und rechtzeitig dafür sorgen, dass Hilfe zu diesen Kindern und ihren Eltern kommt. Alle Kinder müssen gerechte Zukunftschancen haben.

Alle politischen Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, ob sie den Interessen und der Entwicklung der nachfolgenden Generationen gerecht werden, damit dem Wohle von Kindern und Jugendlichen dienen und den Zusammenhalt der Generationen und damit der gesamten Gesellschaft fördern und stärken. Kinder- und Jugendpolitik muss Querschnitts-, Langzeit- und Zukunftsaufgabe sein. Sie muss sich im Interesse der Menschen in alle Politikbereiche einmischen. Hierzu hat die Bundesregierung den „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ vorgelegt und verabschiedet. Er stellt ein themen- und ressortübergreifendes Programm für eine zukunftsweisende Kinderpolitik dar. Er wird einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Deutschland in den kommenden Jahren an die Spitzengruppe der kinderfreundlichen Länder in Europa heranzuführen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

- den 12. Kinder- und Jugendbericht, der einen ganzheitlichen Bildungsbegriff propagiert und eine gesellschaftliche Debatte über die Verbesserung von Bildungs- und Zukunftschancen befördert hat;
- die grundlegende kinder- und jugendpolitische Ausrichtung der Bundesregierung, die die Ganzheitlichkeit von Bildung, Erziehung und Betreuung erfasst und umsetzt;
- den verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung für die unter dreijährigen Kinder;
- den gesetzlich verankerten Ausbau der Ganztagsbetreuung;
- die verbesserten Standards in der Qualität von Kinderbetreuungsangeboten durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz;
- die von der Bundesregierung jüngst verbesserten steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für die Kosten der Kinderbetreuung;
- Projekte zur sprachlichen Förderung in Kindertageseinrichtungen;

- das Vorhaben der Bundesregierung, die frühen Hilfen als wichtiges Element von Kinderpolitik auszubauen;
- die Initiative „Verantwortung Erziehung“ und damit eine neue Form der gesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Verbänden, Institutionen, Kirchen und Religionsgemeinschaften;
- die geplante Verlängerung des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ (Ganztagsschulprogramm) bis Ende 2009;
- die intensivere Kooperation von Jugendhilfe und Schule im Rahmen der Ganztagsschulprogramme;
- das Programm „Schulverweigerung – die Zweite Chance“, das ermöglicht, 1 000 besonders schwierige Jugendliche jährlich wieder in die Schulen zu integrieren;
- den Modellversuch Kompetenzagenturen. Er hat gezeigt, dass eine besonders intensive persönliche Betreuung und das entsprechende Case-Management erfolgreich sind für die Integration benachteiligter junger Menschen in unsere Gesellschaft;
- das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort, die einen zentralen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten;
- die Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, sich ehrenamtlich in der Jugendarbeit zu engagieren und so einen Beitrag zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung für Kindern und Jugendliche zu leisten.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ weiter zügig umzusetzen und sich auch bei Ländern und Kommunen für dessen Umsetzung einzusetzen;
- bestehende Lokale Bündnisse für Familie weiter zu unterstützen und die Schaffung weiterer Bündnisse anzuregen;
- ein Frühwarnsystem zur Unterstützung von Risikofamilien zu installieren;
- Modelle zur Verzahnung zwischen dem Gesundheitssystem und der Kinder- und Jugendhilfe weiterzuentwickeln sowie den Schutz und die Förderung von Kindern aus besonders belasteten Familien zu verbessern und strukturelle Versorgungslücken von der vorgeburtlichen Phase bis ins Jugendalter zu schließen;
- sich für den Ausbau von Ganztagsangeboten in der Betreuung von unter Dreijährigen und Kindergartenkindern einzusetzen;
- sicherzustellen, dass Eltern weiterhin frei wählen können, welchen Kindergarten ihr Kind besuchen soll. Das in § 5 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) verankerte Wunsch- und Wahlrecht muss durch die Länder gewährleistet werden und darf nicht an der Stadt- oder Kreisgrenze enden;
- nach Wegen zu suchen, wie langfristig Beitragsfreiheit für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung umzusetzen ist;
- anzuregen, dass über die bisherigen Möglichkeiten der Kinderbetreuung neue, zukunftsweisende Modelle entwickelt und erprobt werden;
- die Tagespflege, der gerade in ländlichen Räumen besondere Bedeutung zukommt, qualitativ weiterzuentwickeln;

- über die Länder darauf hinzuwirken, die institutionelle Betreuung von Kindern auch durch eine stärkere Berücksichtigung werteorientierter Erziehungsaspekte weiter qualitativ zu fördern;
- sich bei Ländern und Kommunen für die Stärkung, Weiterentwicklung und Vernetzung der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort einzusetzen;
- über die Länder darauf hinzuwirken, dass die im SGB VIII festgeschriebene Kooperation von Jugendhilfe und Schule tatsächlich umgesetzt wird;
- unter Beachtung der Zuständigkeiten von Ländern und Kommunen für Schule und für die Umsetzung des SGB VIII ein Netzwerk zu initiieren, das fachliche Begleitung und Weiterentwicklung von Kooperationen von Kinder- und Jugendhilfe und Schule unterstützt und zum Ziel hat, sich für die gemeinsame Gestaltung von Lern- und Lebenswelten junger Menschen einzusetzen. Eltern, Schule, Jugendhilfe und Gleichaltrigengruppen sollen sich in dem Netzwerk widerspiegeln. Als Hilfestellung und Anregung für eigene Kooperationen sollen mit Hilfe moderner Medien zu rechtlichen Regelungen der Bundesländer, zu Fördermöglichkeiten und Entwicklungen Informationen und unter Berücksichtigung von zu entwickelnden Qualitätskriterien Arbeitshilfen, Empfehlungen für zukunftsfähige Strukturen und Konzepte sowie Praxisbeispiele zur Verfügung gestellt werden;
- den erfolgreichen Modellversuch Kompetenzagenturen auszuweiten;
- die sozialräumliche Orientierung der Kinder- und Jugendhilfe insbesondere mit Blick auf die Problemquartiere zu stärken sowie die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ weiter auszubauen und dazu auch die Modellversuche u. a. zum Spracherwerb, zur Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen und zur Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit in Soziale-Stadt-Gebieten weiter zu fördern;
- Maßnahmen zur Stärkung der Elternkompetenz umzusetzen;
- das „Bündnis für Erziehung“ mit allen Wohlfahrts- und Familienverbänden, Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften und der Wirtschaft weiter auszubauen und die enge Kooperation zwischen allen Beteiligten sicherzustellen;
- optimale Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ältere Menschen ihre Potenziale gewinnbringend für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einsetzen können;
- Mehrgenerationenhäuser, die bereits in diesem Jahr gestartet und in den kommenden Jahren in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt in Deutschland geschaffen werden, auszubauen. Sie sollen aktive und aktivierende Zentren für Jung und Alt sein, die u. a. an der Etablierung eines lokalen Marktes für familienunterstützende Dienstleistungen mitwirken. Bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und professionelle Unterstützung müssen zu einem umfassenden Angebot für Menschen jeden Alters verbunden werden und so ausgestaltet sein, dass sie auch Angebote für Kinder und Jugendliche umfassen.

Berlin, den 27. September 2006

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333